

# Corporate Citizenship

## Verantwortung der Wirtschaft im Globalisierungsprozess

von Brigitte Hamm

Die Diskussion über die soziale Verantwortung von Unternehmen im Globalisierungsprozess ist in vollem Gange: Nicht nur Globalisierungskritiker, sondern auch Regierungen, beispielsweise durch die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, fordern eine solche Verantwortung ein. Die Vereinten Nationen initiierten den Globalen Pakt (Global Compact), um ein Bekenntnis der Privatwirtschaft für Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards zu erreichen. Mit unterschiedlichen Instrumenten für Corporate Social Responsibility (soziale Verantwortung von Unternehmen) soll der ökonomischen Macht und dem wachsenden politischen Einfluss der Konzerne Rechnung getragen werden.

Corporate Social Responsibility, Corporate Citizenship (bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen) und Corporate Governance (verantwortliche Führung von Unternehmen) sprechen zwar zum Teil unterschiedliche Verantwortungsbereiche der Wirtschaft an und können unterschiedliche Aspekte der Verantwor-

tung betonen, aber alle diese Vorstellungen unterstreichen die Selbstverpflichtung von Unternehmen. Ein wichtiges Ziel dieser Initiativen ist, weitere, über bestehende Gesetze hinausgehende, verbindliche Regulierungen zu vermeiden.

Die Bücher von André *Habisch* und von Bernhard *Seitz*, beide mit dem

Titel „Corporate Citizenship“, behandeln somit ein sehr aktuelles Thema. Beide Schriften entstammen den Wirtschaftswissenschaften und bringen die Perspektive der Privatwirtschaft zum Ausdruck.

Das Buch von *Habisch* vom Center for Corporate Citizenship der Universität Eichstätt ist in der Reihe „Unternehmen und Gesellschaft“ erschienen, die

der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) herausgibt. Das Eichstätter Zentrum ist auch verantwortlich für die wissenschaftliche Begleitung der Initiative „Freiheit und Verantwortung“ der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, die von *Habisch* umfassend erörtert wird. *Seitz* deutet bereits im Untertitel seines Buches „Rechte und Pflichten der



Selbstverpflichtung  
als strategisches  
Instrument in der  
Demokratie

Unternehmung im Zeitalter der Globalität“ an, dass es ihm hauptsächlich um das Rechte- und Pflichtenverhältnis geht, das die Position des Bürgers in der Gesellschaft ausmacht. Er will die Konzepte der Corporate Social Responsibility und der Corporate Citizenship voneinander abgrenzen. Ihm geht es vorwiegend nicht um eine normativ bestimmte soziale Verantwortung (Verpflichtung) der Unternehmen, sondern um deren Rechte (zu Investitionen und auf Gewinnorientierung) und Pflichten (Regelbefolgung).

Auf der Grundlage einer breiten Diskussion über unterschiedliche Konzepte von Regeln und die Schwäche von Regelbefolgungen allein aus normativ begründeten Interessen im Kontrast zum wirtschaftlichen Interesse der Gewinnmaximierung will *Seitz* Corporate Citizenship ökonomisch definieren und zwar als das „aktive Streben nach umfassender Nutzung des sozialen und natürlichen Umfelds, ausgehend von der Einsicht, dass Gewinnmaximierung Investitionen und also die Besserstellung der Interaktionspartner regelmäßig voraussetzt. Corporate Citizenship heißt, nach Chancen der Investition in die Gesellschaft aktiv und mit angemessener Methodik zu suchen“ (S. 64). Mit Modellen zur Messung von Corporate Citizenship, die neben dem Input den Output für das Unternehmen und die Gesellschaft (community) gleichermaßen erfassen, untermauert *Seitz* sein Verständnis, dass soziale Investitionen von Unternehmen eine wirtschaftliche Größe darstellen.

Entscheidende Argumentationsgrundlage ist das Staatsverständnis beider Autoren. So bilden die Veränderungen staatlicher Funktion infolge der Globalisierung und auf Grund der Komplexität neuer Problemlagen den Ausgangspunkt ihres Plädoyers für Corporate Citizenship. Dabei argumentiert vor allem *Habisch* auf der Grundlage eines liberalen Staatsverständnisses, wonach der Staat sich möglichst aus dem Wirtschaftsleben fern halten soll. Aus seiner Sicht war ein starker Staat als „umfassende Regulierungsinstanz“ erforderlich für die Entwicklung und Modernisierung der Gesellschaft. Doch veränderte gesellschaftliche Bedingungen sowie die Globalisierung der Handlungskontexte und die Entgrenzung vormals weitgehend geschlossener Volkswirtschaften belegen für ihn die historische Bedingtheit des Sozialstaats. Die Zeit sei reif für den liberalen Nachwachterstaat. *Habisch* sieht die Privatwirtschaft nunmehr in der Lage, ein umfassendes bürgerschaftliches Engagement zu übernehmen.

Dabei orientiert sich der Autor am Konzept des Sozialen Kapitals von James S. *Coleman* und Robert D. *Putnam* als freiwillige Kooperation zur Lösung kollektiver Probleme. „Statt den ‚Leviathan‘ als externe Erzwingungsmacht einzusetzen, der Regeln festlegt, überwacht und Regelbrecher sanktioniert, binden sich die Bürger hier selber“ (S. 32). Dazu verweist er auf Erfahrungen in den USA und als ein jüngeres Beispiel auf den Einsatz der amerikanischen Wirtschaft für die Überwindung der Krise in den achtziger Jahren und den Ausbau von Pu-

blic Private Partnerships vor allem auf kommunaler Ebene. Auch für *Seitz* sind die Staaten nicht mehr umfassend in der Lage, die für die Privatwirtschaft erforderlichen öffentlichen Güter bereitzustellen, vor allem wenn es um transnationale und globale Güter geht. Für die eigene Planungssicherheit müsse die Privatwirtschaft zunehmend selbst aktiv werden und entsprechende Investitionen tätigen, um die zuverlässige Bereitstellung solcher Güter zu sichern. *Seitz* spricht hier von der Notwendigkeit verstärkter Selbstorganisation. Beide Autoren betonen, dass neben den unmittelbaren Profitinteressen langfristige Interessen an Bedeutung gewinnen. *Habisch* bezeichnet letztere als konstitutionelle oder auch Verfassungsinteressen, *Seitz* spricht von sozialen Investitionen.

Während in der politikwissenschaftlichen Diskussion freiwillige Regulierungsinstrumente für die Privatwirtschaft – beispielsweise Verhaltenskodizes – als Ergänzung zur staatlichen Kontrolle diskutiert werden und zugleich die vorrangige Notwendigkeit staatlicher Steuerung betont wird, verstehen die beiden Autoren die Selbstbindung und Selbstkontrolle der Unternehmen als Alternative zu staatlicher Steuerung. Die Beachtung solcher konstitutioneller Interessen bei Direktinvestitionen in Ländern des Südens erhöhe die Freiheitsgrade von Unternehmen. Corporate Citizenship zahle sich aus, weil die unternehmerische Sicherheit wächst, das Ansehen steigt und sich die eigenen Rahmenbedingungen für Investitionen verbessern. Es überrascht nicht, dass *Habisch* auf zwei internationale

Initiativen zurückgreift, die auf eben solchen freiwilligen Verfahren beruhen, nämlich den Globalen Pakt der Vereinten Nationen und den Kommentar der Europäischen Kommission zur sozialen Verantwortung von Unternehmen.

In der Wirklichkeit jedoch verletzen Konzerne vor allem bei ihren Geschäften in Ländern des Südens viel zu häufig Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards, weshalb freiwillige Selbstverpflichtungen nicht nur von Nichtregierungsorganisationen, sondern auch in der politikwissenschaftlichen Diskussion als nicht ausreichend kritisiert werden und daher verbindliche Regelwerke eingefordert werden. Zumindest eine unabhängige, externe Überwachung der Maßnahmen zur sozialen Verantwortung gilt als unabdingbar. Mit diesen Auffassungen setzen sich die beiden Autoren jedoch nicht auseinander und liefern dadurch – außer der Betonung der Selbstverpflichtung – auch keine Gegenargumente, mit denen sich die Befürworter von verpflichtenden Regulierungen kritisch befassen könnten. Dennoch sollten Personen, die Unternehmen von der Notwendigkeit von Corporate Social Responsibility überzeugen wollen, eine solche spezifisch privatwirtschaftliche Sichtweise kennen.

André Habisch, Corporate Citizenship, Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland, Berlin u.a.: Springer-Verlag 2003, 247 S., 59,95 EUR

Bernhard Seitz, Corporate Citizenship, Rechte und Pflichten der Unternehmung im Zeitalter der Globalität, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag 2002, 250 S., 49,00 EUR

## Strategie in der internationalen Politik

Lothar Rühl

Thierry de Montbrial, *L'action et le système du monde*, Presses universitaires de France: Paris 2002, xv + 472 S., 25,00 EUR.

Die jüngste Schrift von Thierry de Montbrial ist der Aktion im internationalen System, anders gesagt, der Strategie der Staaten und anderen politischen Akteuren als „global players“ gewidmet. *Montbrial* – eminent wichtiges Mitglied der sicherheitspolitischen und strategischen Institutionen Frankreichs, Lehrer an der Polytechnischen Akademie und Direktor am Französischen Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) – kommt ursprünglich von der Mathematik und der Ökonomie zur politischen Analyse und zu den Politischen Wissenschaften. Entsprechend ist seine Vorgehensweise geprägt.

Er definiert Aktionseinheiten, deren Strukturen und deren Beziehungen zueinander. Es handelt sich im Ganzen um ein Auseinandernehmen und Wiederaussetzen dessen, was gemeinhin „internationales System“ genannt wird, ohne dass diejenigen, die diesen Begriff (und andere) im globalen Kontext gebrauchen, erklären, was sie genau damit meinen und wie ein solches „System“ funktioniert. Der Autor, der vor 30 Jahren das Büro für strategische Analysen und Prognosen im Pariser Außenministerium aufbaute und dann 1979 die Leitung des IFRI in Paris übernahm, versucht, die Methode rationalen Handelns in der internationalen Politik und in der Strategie nach den Kriterien der Ökonomie zu ent-

wickeln. Dies ist ein Vorhaben, dem natürlich Grenzen gesetzt sind, weil auch der international agierende Manager, der seine Marktstrategien zum Erfolg bringen will, nicht nur kalkulieren und abwägen, sondern auch raten und auf Erfolg setzen muss. Insofern sollte er sich – ein aufmerksamer Leser von Carl von Clausewitz – an dessen Satz in dem Buch „Vom Kriege“ erinnern, in dem der preußische General schreibt, dass „keine andere menschliche Tätigkeit mit dem Zufall so allgemein und so beständig in Berührung kommt als der Krieg“ (S. 20) und dass das Glück oder Unglück „von allen Zweigen des menschlichen Tuns den Krieg dem Kartenspiel am nächsten stellt“ (S. 21).

*Montbrial* verteilt in seinem Spiel mit den Begriffen, Schemata und Definitionskriterien seine Karten sorgsam zwischen der ökonomischen und der politischen Hand. Das Militärische kommt in der strategischen Betrachtung nur abstrakt als Referenzgröße vor. Der strategische Entscheidungsprozess erscheint damit als durchrationalisiert, obwohl der Autor gerade auf den Unwägbarkeiten und den Problemen der Wahrscheinlichkeitsrechnung bei einer nur kleinen Zahl an Vorfällen im Bereich der nuklearen Abschreckung besteht. Man darf dies wohl als eine praktische Kritik der statistischen Grundlagen für „rational kalkulierte“ Entscheidungen über Krieg und Frieden im nuklearen Zeitalter, wenn Kernwaffen im Spiel sind, begreifen.

*Montbrials* Auseinandersetzung mit der „Abschreckung“ ist klassischer, ja konventioneller Art. Er stellt

keine weit reichenden Hypothesen auf und versucht nicht, die Abschreckung als Methode durch Analogien zu differenzieren und auf möglichst alle Fälle von Bedrohung und Aggression anwendbar zu machen. Dafür beschäftigt er sich knapp und en passant mit dem, was er nach französischer Terminologie „l'interdiction“ nennt, und was in der angloamerikanischen Terminologie der militärischen Operationsarten und der „dissuasion“ oder Abschreckung unter dem Aspekt der amerikanischen Präventionsstrategie zur Krisenbeherrschung in Verbindung mit einer Raketenabwehr zur Abschirmung Nordamerikas thematisiert wird. Es liest sich wie ein bejahendes Echo auf die Washingtoner Erklärungen zur „Beseitigung der Massenvernichtungswaffen“ im Orient, wenn *de Montbrial* davon spricht, dass die Kombination von einer vorbeugenden Strategie mit dem Ziel, gefährlichen Staaten den Besitz solcher Waffen zu verwehren (l'interdiction), und einer „aktiven Verteidigung“ die nukleare Abschreckung zugunsten einer allgemeinen Abschreckung von Massenvernichtungswaffen aller Art verändert (S. 178).

Der Autor, der die amerikanische Politik und Strategie aus dem meist gespannten Verhältnis zwischen Paris und Washington auch aus der Praxis gut kennt, weist auf den kritischen Bereich, auf die „Sollbruchstelle“ der Beziehungen hin, welche die Vereinigten Staaten als dominierende Weltmacht heute nicht nur zum verbündeten Frankreich und zu Europa, sondern noch immer zu Russland und zu China und zum Ausland insgesamt

dem Risiko seiner Präventions- und Interventionsstrategien aussetzt. In der alten bildhafteren Sprache ausgedrückt: In welchem Moment der Aktion wird der überspannte Bogen reißen? Wie weit kann und sollte der starke Arm Amerikas ihn aufziehen und wie lange kann er ihn, zum Abschuss des Pfeils bereit, gespannt halten?

*Montbrial* bietet keine Antwort, geschweige denn eine Lösung des Problems an. Er versucht vielmehr, die objektiv bestimmbareren Voraussetzungen für strategisches Handeln in der internationalen Politik und für Machtanwendung im Konflikt zu definitiven Entscheidungen herauszuarbeiten.

In diesem Kontext wird die Verbindung von äußerer Aktion und innerer Aktion behandelt: Die von Alexis *de Tocqueville* für die demokratische Republik Amerika aufgezeigte kritische Wechselwirkung zwischen strategischer internationaler Aktion und der inneren Zustimmung zu der damit verbundenen nationalen Anstrengung einer freien Gesellschaft unter dem Aspekt der Dauer (S. 162 ff.). Wie *de Montbrial* korrekt bemerkt, bedeutet „Strategie“ stets (im Militärischen und Politischen wie im Ökonomischen und Technologischen) eine zielgerichtete Energie mit einer angemessenen Ökonomie der Mittel, die auf Dauer angelegt ist; strategisches Handeln verlangt immer Zeit und Ausdauer über eine im Vorhinein nicht bestimmbar Zeitspanne. Das innenpolitische Problem jeder Außenpolitik und mehr noch jeder Konfliktpolitik mit kriegerischer Aktion liegt in der Konflikt- und Risikobereitschaft

des eigenen Landes und diese ist die Geisel der kollektiven Psychologie und des inneren Kräftespiels: wie lange hält die Nation (etwa die amerikanische) einen Krieg oder einen fortdauernden politischen Konflikt in aktiver Konfrontation mit einem starken Gegner aus? Wie lange hält sie einen Dauerzustand hochgradiger Reizung durch „den Krieg gegen den Terrorismus“ aus?

*Montbrials* Systemanalyse der internationalen Politik und ihrer Strategien kann naturgemäß auf solche konkreten Fragen im Einzelfall keine Antworten geben, und die wissenschaftliche Strenge der Demonstration verbietet die üblichen Verallgemeinerungen, zu denen Politologen und Soziologen nicht selten neigen – wie das Ausweichen auf die Psychologie. Auch die historischen Analogien führen in der Kernfrage des analytischen Experiments mit der internationalen Politik nicht weiter. Ist Vietnam nach sieben Jahren Krieg ein Beispiel, zu dem eine Parallele gezogen werden kann, die den Vergleich auch trägt? Bieten der praktisch seit mindestens zwei Jahren unterbrochene, aber schon seit sieben Jahren sichende „Friedensprozess“ im Nahen Osten zwischen Israel und den Palästinensern mit Syrien, Irak sowie Iran als indirekten Mitspielern auf der arabischen Seite gegen einen Frieden und der Druck des systematischen Terrors zur Friedensverhinderung ein relevantes Beispiel für „strategische“ Ausdauer und politische „Kohärenz“ amerikanischer Politik?

Die Schrift des Mathematikers und Ökonomen *de Montbrial* eignet sich

mit seiner den objektiven Größen des internationalen Systems und der Aktion – der Strategie – gewidmeten Untersuchung zum Verständnis der Grundlagen, der Gesetzmäßigkeiten, der sachlichen Entscheidungs- und Erfolgskriterien, der Ziel- und Risikobestimmung im Allgemeinen für die Aufstellung und Begründung einer Theorie. Alles Übrige ist der Macht des Irrationalen überlassen, die *Friedrich der Große*, auch ein Bewunderer René *Descartes* und Blaise *Pascals*, den Lenker der Schlachten genannt hat: „Seine Majestät König Zufall“ – mit ihm vor allem muss gerechnet werden, was *Thierry de Montbrial* auch nicht verschweigt.

Damit aber wäre die magistrale Demonstration des Erklärbaren an der internationalen Politik und Strategie von der Wahrscheinlichkeitsrechnung, Systemanalyse und Operationsforschung nach ökonomischen Kriterien über die Spieltheorie endgültig bei der Chaostheorie angelangt, und Chaos ist neben Anarchie noch immer die zutreffendste Umschreibung der internationalen Politik, vor allem wenn es um „Weltordnung“ geht.

### Die Kriegserklärung

Tilman Chladek

Walter Laqueur, Krieg dem Westen.  
Terrorismus im 21. Jahrhundert, Propyläen  
Verlag: München 2003, 424 S., 24,00 EUR.

**N**ein, Umstände macht Walter *Laqueur* nicht, der große alte Mann der Guerilla- und Terrorismusforschung, 1921 in Breslau geboren, 1938 nach Palästina emigriert, der heute in London und Washington lebt. Für ihn



ist die Sache klar: fundamentalistische Islamisten haben dem Westen den Krieg erklärt, und die Anschläge vom 11. September 2001 waren nur die bisher spektakulärste, aber bei weitem nicht einzige Aktion dieses Krieges.

Er untersucht in seinem jüngsten Buch, dessen Übersetzung ins Deutsche nicht immer ganz geglückt ist, die Ursprünge des islamischen Terrorismus und erörtert den umstrittenen Begriff „Dschihad“. Allerdings hätte man sich bei manchen seiner Zitate von Ideologen und anderen Angehörigen islamistischer Organisationen, die er in diesem Zusammenhang auführt, bessere Quellennachweise gewünscht. Im Zusammenhang mit den besonders spektakulären Selbstmordattentaten macht er darauf aufmerksam, dass es Selbstmordattentäter sowohl in anderen Zeiten als auch in anderen Kulturen und Religionen gegeben hat und gibt – entgegen der derzeit vorherrschenden Meinung, diese seien typisch islamisch. Bei seiner Darstellung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern schreckt der Autor nicht davor zurück, auch die israelische Regierung zu kritisieren: sie hätte die 1967 eroberten Gebiete längst verlassen müssen, notfalls auch einseitig.

Ein Thema, um das die Darstellung immer wieder kreist, ist vor allem der „neue Terrorismus“, der sich nicht mehr gegen „Herrschende“ richtet, nicht mehr die „Propaganda der Tat“ beabsichtigt, sondern nur noch – meist aus religiösen Gründen – die größtmögliche Zerstörung, die größtmögliche Zahl von Opfern. Zu Recht erinnert *Laqueur* daran, dass es dazu

nicht immer hoch entwickelter Geräte wie Flugzeuge oder gar Massenvernichtungswaffen bedarf; in eher vergessenen Konflikten wie Algerien oder Sri Lanka sind ohne den Einsatz hoch entwickelter Technik hohe Opferzahlen zu verzeichnen.

Er erörtert auch mögliche Ursachen für Terrorismus, kommt aber zu dem Schluss, dass oft vorgebrachte Kategorien wie Armut oder religiöse Gegensätze bei weitem nicht die Mehrzahl der Fälle von Terrorismus erklären können. Auch die soziale Herkunft von Terroristen, bei den Islamisten oft aus der Mittelschicht, mit einer technisch-wissenschaftlichen Ausbildung, erklärt im Grunde ihren Werdegang nicht.

Zwar beschäftigt sich *Laqueur* beispielsweise auch mit den Narkoterroristen Kolumbiens, am Rande auch mit nationalen Gruppen wie der IRA (Irish Republican Army) oder der baskischen ETA; der extremen Rechten, die oft unterschätzt werde, widmet er einen eigenen Abschnitt und sagt auch ihr eine weitere Fanatisierung und Brutalisierung voraus, gerade auf Grund ihrer zahlenmäßigen Schwäche. Doch die muslimische Welt ist für ihn die gewalttätigste: „Als Minderheit in einem nichtmoslemischen Land zu leben, ob nun in Indien, auf den Philippinen oder in Westeuropa, fällt Muslimen ebenso schwer wie Minderheiten, selbst muslimische, in ihrer Mitte zu tolerieren, seien es nun die Berber in Algerien, die Kurden in der Türkei und im Irak oder die Kopten in Ägypten, die Christen im Sudan, in Pakistan und Osttimor“ (S. 28). Hier ist zu fragen, ob diese Verallgemeine-

rung nicht zu weit geht, ob diese nicht abzustreitende Gewalt nicht das Werk von Minderheiten in zutiefst verunsicherten Gesellschaften ist, die ständig den Kontrast zwischen der glanzvollen Vergangenheit des Islams und der deprimierenden Gegenwart unter unfähigen Regimes vor Augen haben, dazu noch von Minderheiten, die oft zuallererst ihre eigene Gesellschaft terrorisieren.

*Laqueur* zeichnet ein ernüchterndes Bild. Der Terrorismus, insbesondere der islamistische Terrorismus, werde sich weiter radikalieren, egal, was der Westen tut (hierbei rechnet er einmal mehr mit Illusionen antiamerikanischer Intellektueller in Europa ab), und sich um die Beschaffung auch von Massenvernichtungswaffen bemühen. „Noch ist es allerdings nicht zu einem Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch Fanatiker gekommen. Das Wissen um diese Gefahr, um die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit, dass auch sehr kleine Gruppen in der Lage sein werden, der Gesellschaft enormen Schaden zuzufügen, und die Zahl der Opfer unendlich viel größer sein wird als in der Vergangenheit, ist bislang nicht ins allgemeine Bewusstsein gedrungen“ (S. 11). Versuche, einen „Dialog der Kulturen“ zu führen, bezeichnet *Laqueur* als reichlich naiv und von Unwissenheit geprägt angesichts von Ideologen wie dem Palästinenser Abdullah *Azzam*, dessen Devise es gewesen sei: „Keine Verhandlungen, keine Konferenzen, keine Dialoge“ (S. 77). Nachfolger und spiritueller Erbe *Azzams* nach dessen Tod 1989 bei einem bis heute nicht aufgeklärten Sprengstoffanschlag in Pe-

schawar war übrigens Osama *Bin Laden*. *Laqueur* fragt sich sogar, ob die Versuche einer Verständigung mit Islamisten nicht der Beschwichtigungspolitik des Westens gegenüber Hitler-Deutschland in den dreißiger Jahren vergleichbar seien (S. 263).

Nach einem mutigen Ausflug auf die „Schlachtfelder der Zukunft“ (Indien und Zentralasien / Die „internationalen Brigaden“) kommt *Laqueur* zu dem pessimistischen Schluss, dass sich der Terrorismus weiter radikalieren und somit immer weniger zur Politik fähig werde. „Angesichts des leichter gewordenen Zugangs zu sehr wirkungsvollen Waffen, sowohl herkömmlichen als auch zur Massenvernichtung, ist es durchaus möglich, dass der Terrorismus der Zukunft sogar von noch weniger Personen ausgeführt werden wird; eine Hand voll Täter könnte genügen.“ (S. 288). Sein Ausblick ist wenig beruhigend: „Das 21. Jahrhundert könnte zu einem Zeitalter werden, in dem ein Terrorismus der Katastrophen Wirklichkeit wird.“ (S. 346).

Insgesamt bietet *Laqueur* in seinem durch eine umfangreiche Bibliografie ergänzten Werk einen umfassenden, ernüchternden, wenn auch nicht immer unproblematischen Überblick über den gegenwärtigen Stand des Terrorismus, vor allem des islamistischen Terrorismus, und skizziert möglicherweise kommende katastrophale Entwicklungen. Wer jedoch nach konkreten Handlungsanweisungen, wie Hinweisen auf polizeiliche Abwehrmaßnahmen oder politische Gegenstrategien sucht, sollte zu einem anderen Werk greifen.